

«Ich weiss, wie es in einer Festhütte riecht»

Jacqueline Fehr empfiehlt sich als «konkordante Sozialdemokratin» für den Bundesratsstiz

Martin Senti (se)

Die Zürcher SP-Nationalrätin und Bundesratskandidatin Jacqueline Fehr spricht über sich und ihre Politik, über Probleme ihrer Partei und über ihre Vorstellungen von Konkordanz.

Frau Fehr, wenn man Ihre Parlamentsvorstösse durchstöbert, findet sich ein liberaler Lichtblick: Das Pokerspiel soll nicht verboten werden. Sind Sie eine begeisterte Pokerspielerin?

Nein, eine leidenschaftliche Jasserin. Aber es entspricht meiner Überzeugung, dass der Staat dort, wo es um die persönliche Freiheit geht, zurückhaltend sein soll.

Das gilt aber offenbar nicht für die Familien, wie man bei der unsinnigen Kinderbetreuungsverordnung gesehen hat, die Sie unterstützt haben?

Mein Ziel ist der bessere staatliche Schutz für Pflegekinder – also für Kinder, deren Eltern nicht für ihr Wohl sorgen können. Hier schliesst die Verordnung endlich bestehende Lücken.

Sie sind selber Mutter, hat das Ihre familienpolitischen Überzeugungen geprägt?

Ja, indem ich selber mitten im Alltag stehe, sehe ich all die Probleme, die sich Familien stellen. Es besteht politischer Handlungsbedarf bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, es gibt nicht genügend bezahlbare Angebote in der ausserfamiliären Kinderbetreuung. Die Anstossfinanzierung hat die private Initiative gestärkt. Wichtig ist zudem die Unterstützung einkommensschwacher Familien, denn Armut soll sich nicht vererben.

Ihre Kinder sind 14 und 16 Jahre alt. Werden Sie nun selber auch mit der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Bundesratsamt konfrontiert?

Da muss ich schmunzeln: Vätern, die Bundesratskandidaten sind, wird eine solche Frage nie gestellt. Aber ja: Ich könnte das gut organisieren. Meine Schwester wohnt im gleichen Haus, ich habe ein starkes Netz in Nachbarschaft und Familie.

Hat Ihre Schwester denn die nötigen Qualifikationen gemäss besagter Kinderbetreuungsverordnung?

Ja (lacht), sie ist Primarlehrerin. Im Ernst: Ich kann die Voraussetzungen der Vereinbarkeit bestens erfüllen, und

ich gebe in den Hearings auch gerne Auskunft darüber.

Neben der Familienpolitik zählt die Gesundheitspolitik zu Ihren Dossiers. Wie lässt sich der Prämienanstieg bremsen?

Wir müssen insbesondere die Behandlung der chronischkranken, teuren Patienten besser koordinieren. 10 Prozent der Patienten lösen heute 80 Prozent der Kosten aus. Wir brauchen generell eine bessere Steuerung im Gesundheitswesen, weil die Marktkräfte hier in Richtung Mengenausweitung wirken: Es gibt zu viele Akteure, die interessiert sind, dass mehr Geld ausgegeben wird. Thema sind etwa die Medikamentenpreise, die Generikaförderung, die Spitalplanung, die Zulassungsregulierung bei der ambulanten Medizin und die integrierte Versorgung. Auch die Einführung der Einheitskasse würde kostendämpfend wirken.

Sie sitzen auch in der nationalrätlichen Verkehrskommission. Wo sehen Sie in der Verkehrspolitik besonderen Handlungsbedarf?

Wir müssen grundsätzlich die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur sicherstellen und dabei das Gewicht vermehrt in Richtung Substanzerhaltung verlagern – auch wenn es politisch attraktiver ist, laufend neue Strecken zu bauen.

Stichwort Europa: In der SP-Basis scheint die EU-Euphorie gedämpft. Wie dringend ist Ihnen heute noch die rasche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen?

Eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen würde ich als sinnvoll erachten. Je länger wir zuwarten, desto kleiner wird unser Verhandlungsspielraum. Ich spüre aber die grosse Skepsis in der Bevölkerung und bin deshalb froh, dass der EU-Beitritt zwingend einer Volksabstimmung unterliegt. Die Schweiz wird erst dann der EU beitreten, wenn das Stimmvolk das will.

Die Finanzkrise hat die Politik durchgerüttelt. Wie soll der Staat eingreifen?

Die Vorschläge der Schweizerischen Nationalbank scheinen mir am besten austariert zu sein. Der Staat muss die Konsequenzen ziehen und die Eigenmittelvorschriften verschärfen.

Und wie steht es mit den Boni?

Die Wirtschaft muss erkennen, dass sie sich selber Grenzen setzen muss. Wenn sie dazu nicht in der Lage ist, muss der Staat aktiv werden.

Sie verlangen auch Mindestlöhne?

Ja, ich unterstütze die Mindestlohn-Initiative. Denn ich erachte es als unhaltbar, wenn Menschen, die Vollzeit arbeiten, davon nicht leben können.

Beim Staatsvertrag mit den USA haben die SP und die SVP aus unterschiedlichen Motiven ihr Veto eingelegt. Wird die Polarisierung im Parlament nicht zu weit getrieben?

Die Wähler bestimmen über die Zusammensetzung des Parlaments. Es gibt zudem sehr unterschiedliche Formen von Allianzen zwischen SP und SVP. Nicht alle sind «unheilig». Es gab auch schon gemeinsame Ziele, ich denke etwa an die Bahnpolizei.

Trotzdem: Besteht nicht die Gefahr, dass diese parteipolitische Polarisierung dereinst auch den Bundesrat blockiert?

Der Trend ist gegenläufig. Der Wille im Parlament ist spürbar, wieder eher Persönlichkeiten in den Bundesrat zu wählen, die bereit sind, im Team zu arbeiten und Eitelkeiten zurückzustellen.

Innerhalb der SP gibt es aber doch unterschiedliche Ansichten darüber, ob die Konkordanz nicht eher «inhaltlicher» Natur sein müsste, also unter Ausschluss einer der beiden Polparteien?

Ich gehöre nicht zur Gruppe, die das fordert. Ich bin der Überzeugung, dass die grossen Parteien entsprechend ihrem Wähleranteil in der Regierung vertreten sein sollen. Das Ziel muss sein, dass sich möglichst viele Menschen in der Regierung vertreten fühlen.

Die SP hat in dieser Legislatur sämtliche kantonalen Wahlen verloren. Wo sehen Sie das Problem?

Ich sehe zwei Probleme: Erstens verlieren alle Parteien, die breit Regierungsverantwortung tragen, also neben der SP auch die FDP und die CVP. Verantwortung zu tragen, bedeutet oft, unattraktive Entscheidungen treffen zu müssen. Das zweite ist die Zusammensetzung der SP-Wählerschaft: Sie besteht zum einen aus Mittelschichten, welche die SP aufgrund ihrer Werthaltungen wählen, und zum anderen aus Menschen in prekären Verhältnissen, die die SP aufgrund materieller Interessen wählen. Dies zu vereinen, ist die grosse Kunst unserer Politik.

Allein schon mit ihrer Ausländer- und Europapolitik spaltet die SP doch die eigene Wählerbasis?

Nicht wenn es uns gelingt, klarzumachen, dass die Lebensverhältnisse über die Wirtschafts- und die Sozialpolitik bestimmt werden und nicht über die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die in diesem Land leben.

Die SP berät ein neues Parteiprogramm. Haben Sie den Entwurf gelesen?

Selbstverständlich ja.

Was gefällt Ihnen am Programmwurf, was passt Ihnen weniger?

Mir gefällt, dass die SP als einzige Partei den Mut hat, sich nach wie vor ein Programm zu geben und darüber mit der Basis zu diskutieren. Weniger gefällt mir, dass das Programm in der Öffentlichkeit auf einen einzigen Satz reduziert wird, der wenig bedeutend ist und den ich jetzt nicht wiederholen will.

Sie reden von der Floskel zur «Überwindung des Kapitalismus»?

Das wird oft missverstanden, die SP ist nicht gegen den Markt.

Aber sie will das Privateigentum an den Produktionsmitteln abschaffen.

Es geht hier um eine Demokratisierung. Wir erleben einen Trend zum Neo-Feudalismus: Reichtum und Einkommen konzentrieren sich auf immer weniger Köpfe. Es sollen sich alle beteiligen und mitreden können, das ist ein ganz zentraler Pfeiler der SP.

Sie waren früher Gewerkschafterin. Es gab ein Zerwürfnis, was war da los?

Es ging um die zehnte AHV-Revision. Ich befürwortete die Revision, welche eine Erhöhung des Frauenrentenalters mit dem Splitting und der Einführung von Betreuungsgutschriften kombinierte. Die Gewerkschaften waren dagegen.

Nun bewerben Sie sich in Konkurrenz zu Simonetta Sommaruga um einen Bundesratssitz. Was macht den Unterschied zwischen den zwei Kandidaturen aus?

Aus meiner Sicht unterscheiden uns zwei Dinge: das eine ist die Herkunft, das andere sind die Themenfelder.

Was macht Ihre Herkunft aus?

Ich komme aus einem sehr einfachen Milieu. In meiner Verwandtschaft gibt es Camionneure, Garagisten, Pöstler und Verkäuferinnen. Ich weiss, wie es in einer Festhütte riecht. Heute bewege ich mich in der neuen Mittelschicht. Ich kenne also eine sehr breite Palette der Bevölkerung aus eigener Erfahrung, das erleichtert mir den Zugang sehr.

Und die Sachpolitik? Simonetta Sommaruga wird als liberaler beschrieben als Sie, wie beurteilen Sie das selber?

Ich höre aus dem Parlament sehr Unterschiedliches. Man sagt, ich sei nicht so einfach in eine Schublade zu stecken. Ich glaube, dass letztlich die Persönlichkeit, die Verlässlichkeit und das Vertrauen viel wichtiger sind als die Millimeterabstände in sachpolitischen Fragen. Ob Simonetta oder ich: Die Parlamentarier wissen, dass sie eine linke Frau wählen.

Und warum soll die Bundesversammlung Sie wählen?

Weil ich eine konkordante Sozialdemokratin bin.

In welchem Departement würden Sie sich am wohlsten fühlen?

Primär wäre ich Teil der Landesregierung. Ich bin offen: In gewissen Departementen würde ich mehr Vorwissen mitbringen, in anderen müsste ich mich mehr einarbeiten. Das kann aber auch von Vorteil sein, weil man dann die grundsätzlichen Fragen oft besser sieht.

Finden Sie es eigentlich richtig, dass für die Nachfolge von Moritz Leuenberger die SP-Männer als Kandidaten gewissermassen ausgeschlossen wurden?

Das müssen Sie die welschen SP-Männer fragen. Das ist ihr Thema.

Interview: Martin Senti

Jacqueline Fehr in ihrem Vorgarten in Winterthur.

Adrian Baer / NZZ

Martin Senti (se)

«Man sagt, ich sei nicht so einfach in eine Schublade zu stecken.»